

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

8.2.1929 (No. 33)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14, Besprechungsraum Nr. 953 und 954, Postkontos Karlsruhe Nr. 3615

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. A. K. u. d. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigenpreis: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und erteilt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anklagen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Belieferung, und Konturverfahren fällt der Inhalt der Zeitung verfallen, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Reichswirtschaftsminister über Deutschlands Lage

Rede vor der auswärtigen Presse in Berlin

Der Verband der auswärtigen Presse in Berlin (Vertreter der Zeitungen der Länder und der preussischen Provinzen) veranstaltete Donnerstagabend einen Empfangsabend, an dem die führenden politischen, wirtschaftlichen Persönlichkeiten in großer Zahl teilnahmen. Dabei hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine großangelegte Rede über Deutschlands politische und wirtschaftliche Lage. Die Vertreter der auswärtigen Presse mußten als Mittler zwischen der Öffentlichkeit und dem Zentrum tätig sein, an der Lösung der schier unerbittlichen Spannungen arbeiten, die das Reichsgefüge lähmen. Die Reichsregierung habe nach den Vorgängen, die mit der Besetzung des Verwaltungsrats der Reichsbahn zusammenhängen, erneut die Initiative zur unmittelbaren Verständigungs- und Befriedigungsfaktion ergriffen. Man müsse zu einer Generalvereinbarung der finanziellen Differenzen kommen, mindestens für so lange Zeit, als das Reich die Gefahrenzone des Reparationsproblems auf seiner vollen Bahn durchläuft. Der Minister wandte sich dann gegen die Auffassung, daß man in Berlin kein Recht empfinden mehr für die Ansprüche der Länder habe, und daß Treue und Glauben verschwunden seien. Zur Außenpolitik übergehend, kam der Redner auf die Reparationskonferenz zu sprechen. Das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft dürfe überzeugt sein, daß ihr Schicksal in guten Händen liege. Die Forderung, die Reichsregierung möge zu dem letzten Bericht Parker Gilberts Stellung nehmen, sei deswegen abwegig, weil eine öffentliche Diskussion und Polemik die Arbeit der Sachverständigen nur erschweren würde. Neben die zahlenmäßige Erfassung müsse die unmittelbare Anschauung treten, um ein vollständiges Bild zu erhalten. Ein Beispiel hierfür sei das Anwachen der Kredit in Deutschland seit Beendigung der Inflation. Immer wieder höre man von Ausländern Wahrnehmungen über die Höhe der deutschen Lebenshaltung auf Grund von Beobachtungen, die sie in Berlin oder anderen größeren Städten gemacht haben. Diese Beobachtungen ließen keine Rückschlüsse zu auf den Wohlstand der Bevölkerung. Wenn einige größere Städte einen Aufschwung erlebt haben, so das eben nicht das ganze deutsche Land. Wer auf das platte Land oder in andere große Städte Deutschlands komme, dem springe der Abstand gegen die wenigen von der Entwicklung begünstigten Zentren in die Augen. Wer solche Erfahrungen nicht bestreite, müsse sich zur Korrektur seiner irreführenden Anschauungen bequemen.

Die Schwere der den Sachverständigen obliegenden Aufgaben müsse die deutsche Presse durch möglichste Disziplinierung der öffentlichen Meinung unterstützen. Der Minister bat die Pressevertreter, während der Verhandlungen dafür zu sorgen, daß keine sogenannten Patentfälschungen emporküchere und Protestationen und Resolutionen die öffentliche Meinung verfeuchten.

Ein demokratisches Wehrprogramm

Der Wehrausschuß der Demokratischen Partei hat unter dem Vorsitz des Abg. Kütz ein Wehrprogramm entworfen, das, wie die „Doll. Ztg.“ berichtet, bereits die Zustimmung der Reichstagsfraktion gefunden hat.

Der Entwurf stellt u. a. folgende Grundsätze auf: Die deutsche Wehrmacht ist das Verteidigungsmittel der deutschen Republik für den Fall, daß Volk und Staat der Notwendigkeit ausgesetzt sind, ihre Selbsthaltung und Selbstbehauptung zu verteidigen. Die Reichswehr muß ein sicheres Instrument des Staates zum Schutze des deutschen Volkes und der Unversehrtheit der deutschen Republik sein. Die Angehörigen der Wehrmacht müssen in enger Verbindung mit allen Schichten des Volkes stehen, und deswegen aus allen Schichten des Volkes genommen sein. Die Ausrüstung des Heereswesens hat durch Anwerbskommissionen unter Mitwirkung der Reichswehr zu geschehen. Das Ansehen tüchtiger und bewährter Angehöriger des Mannschaftenstandes in Offiziersstellen ist durchzuführen. Eine Politisierung der Wehrmacht ist abzulehnen. Offiziere und Mannschaften sind jedoch zu gefestigter Staatsgefinnung und zur positiven Einstellung zur deutschen Republik zu erziehen. Alle außerhalb der Reichswehr stehenden militärischen oder Wehrmacht ähnliche Verbände sind abzulehnen. Die Demokratische Partei wird den Ausbau und Aufbau einer solchen Wehrmacht auf das nachhaltigste fördern.

Der Präsident der Berliner Handwerkskammer. Der Präsident der Berliner Handwerkskammer, Karl Lubert, ist heute, Freitag, nach längerem Leiden verstorben. Lubert war ferner Mitglied des Reichswirtschaftsrats und Vorstand des deutschen Handwerks- und Gewerbetagungsvereins.

Ein Sieg der englischen Arbeiterpartei. Bei einer Parlamentswahl in South Battersea siegte der Vertreter der Arbeiterpartei. Dies bedeutet einen neuen Gewinn der Arbeiterpartei, da der Wahlkreis bisher durch einen Konservativen vertreten war.

Die Brotspekulation in Sowjetrußland. In den Moskauer Zeitungsredaktionen laufen zahlreiche Zuschriften aus Arbeiterkreisen ein, in denen betont wird, daß es notwendig sei, den Brotverkauf angesichts der Entwicklung der Brotspekulation zu normieren. In Leningrad wurden bereits Brotverkaufsstellen eingeführt.

Die kirchliche Nationalversammlung wurde durch Verordnung des französischen Oberkommissars ohne Termin verlagert. Als Begründung wird angegeben, daß der von der verfassunggebenden Versammlung ausgearbeitete Text nicht in Einklang stehe mit dem Artikel 22 des Völkerbundsstatuts und den Mandatsbestimmungen.

Letzte Nachrichten

Die deutschen Sachverständigen abgereist

pr. Berlin, 8. Febr. (Tel.) Reichsbahnpräsident Dr. Schacht und Geheimrat Käst sind am Donnerstagabend gegen 10 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge von Berlin nach Paris abgereist. Generaldirektor Böglner und Bankier Reichler schlossen sich ihnen unterwegs an.

Das deutsch-amerikanische Entschädigungsverfahren

W.B. Washington, 8. Febr. (Tel.) Die Regierung brachte im Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf ein, der das Schlichtungsgesetz, die auf Grund des Freigabegesetzes der Regierung der Vereinigten Staaten zustehende Summe von 5 Prozent der amerikanischen Bürgern vom gemischten Schiedsgericht zugelassen und vom Deutschen Reich zu zahlenden Entschädigung statt der amerikanischen der deutschen Reichsregierung zuzuführen. Dieser Betrag soll der deutschen Regierung die Beistimmung der Kosten ermöglichen, die ihr dadurch erwachsen waren, daß sie sich durch das Abkommen vom 31. Dezember 1928 dem im Freigabegesetz ausgesprochenen Wunsch des amerikanischen Senats gemäß dazu bereit erklärte, verspätet eingereichte amerikanische Ansprüche zum Verfahren vor dem Schiedsgericht zuzulassen. Diese Neuordnung betrifft nur etwaige Entschädigungen, die diesen verspäteten Ansprüchen zuerkannt werden sollten.

Die ernste Lage in Bombay

W.B. London, 8. Febr. (Tel.) „Daily Express“ berichtet aus Bombay: Die Lage war am Abend des 7. Februar verzweifelt. Die Zusammenstöße zwischen Hindus und Pathans, die am Sonntag begannen, nachdem falsche Gerüchte im Umlauf waren, daß Pathans Hinduisen entführt hätten, um sie zu opfern, sind jetzt zu einem kommunikativen Krieg zwischen Hindus und Mohanmedanern ausgewachsen. Militärische Verstärkungen mit Panzerwagen wurden aus verschiedenen Orten herangezogen. Die Verlustliste bis zum 7. Februar betrug 40 Tote und 400 Verletzte.

Die Hoffnung auf Beendigung der Unruhen hat sich nicht erfüllt. Die Zusammenstöße haben die ganze Nacht und den Vormittag über angehalten. Sechs Hindus wurden getötet.

Die bayerische Titelfrage

Zu der Nachricht über die Einreichung einer Feststellungs-Klage des Reichsinnenministers beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich wegen der in Bayern verliehenen Titel wird aus München offiziell mitgeteilt, daß die von der bayerischen Staatsregierung verliehenen Titel der Vorchrift des Artikels 109 Absatz 4 der Reichsverfassung nicht widersprechen, weil sie stets mit Beziehung zu einem Amte oder einem Berufe verliehen worden sind. Bei der Wiedereinführung der Titel ist feinerzeit diese bayerische Auffassung der Reichsregierung amtlich zur Kenntnis gebracht worden. Die Reichsregierung hat dagegen keinen Einspruch erhoben. Reichspostminister Schädel hat im Reichstabinett dem Beschluß auf Erhebung der Klage nicht zugestimmt, sondern seine Stimme dagegen abgegeben.

Zum Gedenken der Nationalversammlung. In Erinnerung an die gaffrierte Aufnahme, die die deutsche Nationalversammlung vor zehn Jahren in Weimar fand, sandte Reichstagspräsident Ebn Oberbürgermeister Dr. Müller, Weimar, ein herzlich gehaltenes Telegramm. Der Oberbürgermeister antwortete darauf: Die Stadt Weimar ist mit Freude und Dank darüber erfüllt, daß der politische Wiederaufbau Deutschlands in ihren Mauern stattfinden durfte.

Der Reichsrat stimmte am Donnerstag einer Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufsstrafgeißelten zu. — Eine Anzahl vom Reichstag verabschiedeter Gesetze erhielt ihre letzte verfassungsmäßige Sanction, darunter die Handwerksnovelle, das Gesetz zur Entlastung des Reichsgerichts, der Kelloggspakt, der deutsch-italienische Handelsvertrag und das Abkommen mit Rumänien zur Beilegung finanzieller Streitigkeiten.

Die preussisch-hamburgische Hafengemeinschaft. Nach Abschluß des Abkommens zwischen der hamburgischen und der preussischen Regierung vom 5. Dezember haben alsbald eingehende Verhandlungen stattgefunden, um insbesondere die formelle Gründung der Hafengemeinschaft so weit vorzubereiten, daß sie am 1. April d. J. ihre Tätigkeit aufnehmen kann. Der Entwurf eines Staatsvertrags ist fertiggestellt. Nach Zustimmung der Regierungen soll dieser Entwurf den beiderseitigen Parlamenten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Der Nordpolflyg des „Graf Zeppelin“. Frhofs Hansen suchte in Washington den Marineattaché Wilbur und andere höhere Beamte des Marineamtes auf und bat um Unterstützung des Nordpolflyges des „Graf Zeppelin“ durch Errichtung eines Landungsplatzes in Nome auf Alaska und den Transport von Betriebsstoff zur Operationsbasis des Luftschiffes im Nordpolargebiet. Wilbur empfahl Hansen, ein schriftliches Gesuch einzureichen, dessen wohlwollende Prüfung er zusagte.

In einem Prozeß gegen neun Nationalsozialisten aus Kantsche (bei Semtsenbergl) sah das Gericht den Tatbestand des Landfriedensbruchs nicht für erfüllt an. Das Urteil lautete wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und Teilnahme an Raufhändeln gegen einen Angeklagten auf zwei Wochen Gefängnis, gegen sieben Angeklagte auf zwei bis sechs Monate Gefängnis und gegen den neunten Angeklagten auf drei Jahre und zwei Wochen Gefängnis.

Wirtschaftliche Umschau

Die Arbeitslosigkeit der Saisonarbeiter — Die Lieferungsindustrien für die Reichsbahn — Dampflokomotiven, Waggons und Stellwerke

Der Reichstag hat kürzlich das Gesetz über die Arbeitslosigkeit der Saisonarbeiter angenommen und dadurch eine Revision der Arbeitslosenversicherung eingeleitet, die kaum damit abgeschlossen ist. Der Reichsarbeitsminister wies am Dienstag im Reichstag darauf hin, daß die Arbeitslosenversicherung ein erster Versuch auf einem ganz schwierigen Gebiet sei, wobei er sich jedoch gegen die Ansicht wendete, daß diese Versicherung bereits vor dem Zusammenbruch stehe. Zunächst denkt man angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit an einen Ausbau der Arbeitsvermittlung auf dem Land und in den kleinen Städten, wo gerade in der Saisonarbeiterfrage manches im argen liegt. Dem Ruf nach weiteren Reichsausschüssen wird die schwierige Finanzlage entgegengehalten.

Das oben erwähnte Gesetz nimmt für die berufsbliche Arbeitslosigkeit bei Berufen, die vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt zu bestimmen sind, eine Sonderregelung vor, wobei u. a. die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung auf sechs Wochen verkürzt wird. Dann tritt eine Sonderunterstützung auf dem Fürsorgeweg (ähnlich der Krisenunterstützung) ein, wovon vier Fünftel das Reich, ein Fünftel die Versicherungsanstalt trägt. Die Sonderfürsorge unterliegt der Bedürftigkeitsprüfung, den Betroffenen können auch Pflichtenarbeiten zugewiesen werden. Es wird sich erst zu zeigen haben, ob diese Regelung die vorhandenen Mißstände beseitigt. Bisher standen jedenfalls die Saisonarbeiter, die wegen dieses Charakters ihrer Arbeit, z. B. im Baugewerbe, schon an und für sich höhere Löhne haben, in der Arbeitslosenfürsorge wesentlich günstiger da als andere Arbeiter, und sie bekamen in der Zeit der Arbeitslosigkeit oft das Vielfache ihrer Beiträge heraus. Dem Reichstag lag ein Antrag vor, bei der berufsblichen Arbeitslosigkeit nur die Hälfte der Unterstütlungen zu bezahlen, der aber abgelehnt wurde. Ein beachtenswerter Vorschlag auf Reform der Arbeitslosigkeit geht dahin, die Arbeitslosenversicherung ähnlich wie die Unfallversicherung berufsgenossenschaftlich und mit weitgehender Selbstverwaltung aufzuziehen, wonach derartige Ungerechtigkeiten und Überspannungen vermieden und die beteiligten Berufe zu größerer Selbstverantwortung erzogen werden könnten.

Die Lieferungsindustrien der Reichsbahn, Lokomotivbau und Waggonsbau, sind vor allem infolge der Finanznot der Reichsbahnverwaltung in schwieriger Lage und verlangen bessere gleichmäßigere Beschäftigung, ein Verlangen, das auch durch eine in Vorbereitung befindliche Aktion der Länder beim Reich unterstützt wird. Besonders schwierig ist die Lage des Lokomotivbaus, weil hier auch ein sehr geringer Bedarf der Reichsbahn vorliegt. Dies ist sowohl darauf zurückzuführen, daß der Ausbau des Verkehrsnetzes zum großen Teil vollendet ist, als auch darauf, daß der Ausbau der verhältnismäßig wenigen Strecken, die noch in Betracht kommen, aus Mangel an Mitteln stockt. Außerdem ist der Lokomotivbestand der Reichsbahn derart, daß ihre Reserve an diesem Betriebsmittel erst in zwei bis drei Jahren erschöpft sein wird. Aus diesen Gründen erfolgten nur ganz wenige Neubestellungen, so 1929 für die ganze Reichsbahn nur 23 Lokomotiven. Auch im Dampflokomotivbau hat übrigens der technische Fortschritt nicht geruht. Die Reichsbahndirektion Halle hat die ersten beiden, von der A.E.G. gelieferten Kohlenstaublokomotiven in Betrieb genommen, die allerdings 20 Proz. teurer als andere Lokomotiven sind, jedoch mit einem um 50 Proz. verbilligten Brennstoffverbrauch arbeiten. Glücklicherweise kommen verschiedentlich neuemswerte Auslandsaufträge herein, so berichtete kürzlich Vorking in Berlin über Aufträge aus Brasilien und Argentinien.

Die Aufrechterhaltung des deutschen Lokomotivbaus und die Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates ist ein ebenso schwieriges wie bedeutungsvolles Problem der deutschen Volkswirtschaft. Dem Verlangen der Reichsbahn auf Konzentration des Lokomotivbaus ist die Industrie in weitem Umfang bereits nachgekommen. Es ist eine Konzentrationsbewegung im Gange, die zunächst zu einem Zusammenschluß der größten deutschen Lokomotivfabrik Henschel in Kassel mit der einen der beiden Münchener Fabriken, Maffei, führte. Es wird dabei, was

den Lokomotivbau anlangt, in Aussicht genommen, daß der Dampflokotivbau in Kassel, der Motorlokotivbau in München bleibt. Weiter fanden Verhandlungen zwischen Linke in Breslau und Krupp statt, wobei eine Abgabe des Lokotivbaus durch Krupp angestrebt wurde. Ebenso verhandeln seit langem die großen Berliner Lokotivbauanstalten unter sich und mit anderen Fabriken. Dabei hat die Sächsische Maschinenfabrik vorm. Hartmann in Chemnitz auf ihren Lokotivbau zugunsten von Schwarzkopf, Berlin, verzichtet, ebenso der Stettiner Vulkan zugunsten von Vortig, Berlin. Die Hohenzollern-N. G. in Düsseldorf hat kürzlich den Lokotivbau von Humboldt, Köln, übernommen. Was die einzige badische Lokotivbauanstalt, die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe, anlangt, so sollen Verhandlungen mit der Hohenzollern-N. G. zum Abschluß gelangt sein, wonach die Karlsruher Fabrik ihre Lokotivbauaufträge an die Düsseldorfer Fabrik abgibt und dafür von ihr andere Aufträge überwiehen bekommt. Es ist jedoch hierzu noch die Genehmigung des badischen Staates erforderlich.

Erheblich größer als der Lokotiv- ist der Waggonbedarf der Reichsbahn, der immerhin für dieses Jahr mehrere tausend Waggon beträgt. Aber auch hier hat die Reichsbahn in der Ausbringung der Mittel Schwierigkeiten. Von den beiden badischen Fabriken hat die S. Fuchs, Waggonfabrik, Heidelberg, kürzlich das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses beantragen müssen. Am Ende des Monats werden die endgültigen Sanierungsvorschläge — man spricht von einer Zusammenlegung des Aktienkapitals im Verhältnis von 5:1 — einer Generalversammlung vorgelegt.

In diesem Zusammenhang bestehen Bestrebungen, die Heidelberger Fabrik mit der anderen badischen Waggonfabrik in Kilstatt zu verschmelzen, die ja gleichfalls unter Auftragsmangel leidet, aber im Gegensatz zu Fuchs mit einem ansehnlichen Gewinn abschließt, wodurch sich ihr Verlustvortrag aus früheren Jahren auf rund 350 000 Reichsmark ermäßigt. Aber auch Kilstatt muß als notleidend angesehen werden, wenn auch der sehr hohe Schuldenstand Heidelbergs eine Verschmelzung erschwert, das dafür andererseits die besser ausgebauten Anlagen besitzt. Dabei würde es sich vor allem um eine endgültige Regelung der badischen Länderquote an Waggonaufträgen durch die Reichsbahn handeln. Zu der Frage der Vereinigung der beiden ungenügend beschäftigten Betriebe, bei der auch lokale Interessen in Frage kommen, haben des weiteren der badische Staat und die Reichsbahn mitzusprechen. In der letzten Zeit beschäftigte Kilstatt 170 (früher bis 700), Heidelberg 200 (früher bis 1500 Arbeiter). Die Quote Kilstatts bei der Waggonbauvereinigung beträgt 1,1 Proz., die Heidelbergs 3,5 Proz., wozu sowohl Heidelberg wie Kilstatt erklärten, daß jedes Werk allein die ganze badische Quote abwickeln könne.

Zwischen Mainz und Köln ist es bereits zur Fusion zweier dortiger Waggonfabriken gekommen. Die Waggonfabrik Gebr. Gastell in Mainz-Kombach, ein bereits seit 100 Jahren bestehendes Unternehmen, hat sich mit den Vereinigten Waggonfabriken in Köln-Deutz zusammengeschlossen. Die beiden Fabriken werden künftig eine Reichsbahnquote von 17 Proz. haben (bisher Köln 13,5, Mainz 3,5). Ein zum Kölner Konzern gehöriges Werk wird stillgelegt. Das Mainzer Werk, das im Bau von Straßenbahnwagen eine bedeutende Rolle spielt und nicht so wie andere Fabriken auf die Reichsbahn aufträge angewiesen ist, hat übrigens im letzten Geschäftsjahr günstig gearbeitet.

Die Eisenbahnsignalwerke in Bruchsal haben sich bekanntlich 1926 mit der Firma Max Züdel in Braunschweig zu den „Eisenbahnsignalanstalten Max Züdel-Stahmer, Bruchsal-N. G.“ mit einem Aktienkapital von 7,2 Mill. vereinigt, und die neue Firma hat wiederum ihre Betriebe in die zusammen mit Siemens und der A.-E.-G. neugegründeten „Ver. Eisenbahnsignalwerke“ eingebracht. Der Reingewinn des Bruchsal-Braunschweiger Unternehmens ist um mehr als 100 000 RM gegenüber dem Vorjahr auf 948 000 RM gestiegen, wovon eine Dividende von 9 (im Vorjahr 8) Proz. vorgeschlagen wird. Der Bau der deutschen Einheitsstellwerke ist nun in Braunschweig vereinigt, während Bruchsal auf die Fertigstellung der eigenen Bauarten für den süddeutschen Bezirk und ausländische Abnahme beschränkt wurde, eine an und für sich für Bruchsal und Baden empfindlich wirkende Maßnahme. Auch hier übte die Reichsbahn, wie es in dem Geschäftsbericht heißt, große Zurückhaltung bei ihren Bestellungen, was seit Mitte des vergangenen Jahres einen starken Rückgang der Beschäftigung in Braunschweig und in Bruchsal zur Folge hatte, der auch bis heute noch nicht behoben ist.

Troski nicht auf der „Krasnyflot“. Die Sowjetdampfer „Krasnyflot“ und „Lenin“ aus Odessa sind in Konstantinopel eingetroffen. Troski befand sich nicht unter den Passagieren. Weder die Offiziere noch die Passagiere der Schiffe wußten etwas davon, daß Troski erwartet wurde.

Stabilisierung der rumänischen Währung. Der rumänische Senat hat am Donnerstag dem Stabilisierungsgesetz zugestimmt mit einem Zusatzantrag, wonach der gesetzliche Wert des Lei 10 Milligramm Gold oder 813 Lei für ein Pfund Sterling entspricht. Die Stabilisierung trat noch Donnerstag abend mit der Veröffentlichung des Gesetzes in einer Sonderausgabe des Staatsanzeigers in Kraft.

Das Litwinow-Protokoll wird von Estland gleichzeitig mit Polen und Rumänien in Moskau unterzeichnet werden.

Aus dem Reichstag

Abbe wird energisch — Die Verträge mit Litauen und Rumänien — Das neue Arbeitschutzgesetz

Im Reichstag gab es am Donnerstag kühnste Szenen. Das lärmende Auftreten der Kommunisten an den letzten Sitzungstagen, vor allem die dauernde Störung des Reichsarbeitsministers bei seinen jüngsten Ausführungen zur Erwerbslosenfrage haben den Reichspräsidenten Löbe veranlaßt, einen neuen Kurs in der Behandlung der Opposition einzuführen. Er ging am Donnerstag mit einer Strenge gegen die kommunistischen Redner vor, die seinem verbindlichen Wesen sonst fremd ist.

Das kam zuerst zum Ausdruck bei der Beratung des deutsch-litauischen Handelsvertrags, dem die debattenlose Annahme der Protokolle zu dem deutsch-französischen Handelsabkommen vorausgegangen war. Den deutsch-litauischen Handelsvertrag, dem die Redner der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten zugestimmt hatten, belächelte der Kommunist Kollwitz unter heftigen Ausfällen gegen das jetzt in Litauen bestehende Regime. Er wandte dafür am Schluß seiner Rede den Ausdruck „Genteilerregierung Goldemar“ an. Als Präsident Löbe diesen Ausdruck rügte, meinte Abg. Kollwitz: „Sie sind ja auch dazu da, die Genter zu schützen.“ Der Präsident ahndete diesen Ausfall gleich mit dem schärfsten Mittel, der Ausweisung aus dem Saale. Darob großer Ärger bei den übrigen Kommunisten. Besonders der kommunistische Abg. Gierke richtete Schimpfparole gegen die Sozialdemokraten und das Präsidium, und das veranlaßte den Präsidenten, auch Gierke aus dem Saale zu weisen. Während Kollwitz sich der Aufforderung gefügt hatte, blieb Gierke im Saal. Der Präsident unterbrach die Sitzung um fünf Minuten, um nach der Wiedereröffnung festzustellen, daß der inzwischen hinausgegangene Abg. Gierke sich dadurch seine erste Weigerung den Ausschluß für acht Sitzungstage zugezogen habe. Die Kommunisten protestierten laut. Präsident Löbe erteilte verschiedene Ordnungsrufe und erklärte dann unter dem Beifall der Mehrheit, daß er solche Äußerungen, wie sie in den letzten Sitzungen vorgekommen seien, nicht mehr dulden und rüchichtslos gegen jeden Abgeordneten einschreiten werde, der unzulässige und beschimpfende Worte gegen andere Abgeordnete richtet.

Nach der Annahme des deutsch-litauischen Handelsvertrags ergab die dann folgende Beratung des deutsch-rumänischen Finanzabkommens eine Einheitsfront der Parteien, die von dem deutschnationalen Abgeordneten von Lindener-Wildau bis zu der Sozialdemokratin Frau Sender reichte. Alle Abgeordneten begrüßten mit großer Gemütigkeit dieses Abkommen als einen wirklichen Friedensvertrag, der mit den Ungerechtigkeiten des Versälerer Diktats wenigstens in Rumänien aufräume. Daran wurde der Wunsch geknüpft, daß auch andere Länder dem rumänischen Beispiel folgen möchten. Abheiß von dieser Einheitsfront standen auch hier die Kommunisten. Ihr Redner, der Abg. Ende, wachte zwar vom deutschen Standpunkt aus nichts gegen den Vertrag einzuwenden, aber er fühlte sich offenbar als Beauftragter Sowjetrusslands und bezeichnete das Abkommen als eine deutsche Unterstützung des schlimmsten Gegners der Sowjetunion. Als er trotz wiederholter Mahnungen des Präsidenten zur Sache seine Angriffe auf die jetzige rumänische Regierung fortsetzte, wurde ihm vom Präsidenten das Wort entzogen, nachdem sich Präsident Löbe des Einverständnis des ganzen Hauses mit Ausnahme der Kommunisten versichert hatte. Der Vertrag wurde in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Die lautlose Stille, mit der dann der Reichsarbeitsminister Schickel bei seiner Begrüßungsrede für das neue Arbeitschutzgesetz auch von den Kommunisten angehört wurde, schien ein Beweis für die Zweckmäßigkeit der neuen Völschen Erziehungsmethoden zu sein. Der Minister bezeichnete den Gesetzentwurf für notwendig, um die jetzt in den verschiedenen Spezialgesetzen und Verordnungen zerstreuten Arbeitschutzbestimmungen einheitlich zusammenzufassen u. zu vereinfachen, aber auch um den Geltungsbereich dieser Vorschriften auszudehnen. Er kündigte eine ganze Reihe von Ergänzungen zu diesem Gesetzgebungswerk für die nächste Zeit an, vor allem das Bergarbeitschutzgesetz und eine Neuregelung der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung.

In der Aussprache äußerte der hollparlamentarische Abgeordnete Dr. Kolbenhauser manche Bedenken gegen die Vorlage, wobei er davon ausging, daß die Produktivität der deutschen Wirtschaft nicht durch Schmälerung der Arbeitszeit neuen Erschütterungen ausgesetzt werden dürfe. Der sozialdemokratische Abgeordnete Grafmann verfuhr als Führer der freien Gewerkschaften kaum fanfater mit dem Gesetzentwurf, für den er der früheren Regierung die Verantwortung zuschob. Er beantragte vor allem, daß zu viele Ausnahmen vom Wochentage gemacht würden, und er kündigte viele Änderungsanträge der Sozialdemokraten an. Für die deutschnationale Fraktion erklärte der Abg. Hartmann kurz, daß sie sich angesichts des großen Umfangs der neuen, erst vor kurzem eingebrachten Vorlage ihre Stellungnahme für den sozialpolitischen Ausschuss vorbehalten müsse, dem der Entwurf überwiesen werden soll.

Die Weiterberatung erfolgte vom heutigen Freitag, 12 Uhr mittags, ab. Auf der Tagesordnung stehen weiter die Anträge zur Erwerbslosenfürsorge und kleinere Vorlagen.

Bei Eröffnung der Sitzung teilte Präsident Löbe mit, daß von den Kommunisten eine Protesterklärung gegen die getroffenen Maßnahmen des Präsidenten gegen kommunistische Abgeordnete mit der Aufforderung zur Verlesung eingegangen sei. Die Verlesung dieser Erklärung müsse er ablehnen, da sie Redewürfe, Anschuldigungen und Verdächtigungen des amtierenden Präsidenten enthalte. Er werde dem Ministerrat die Entscheidung darüber überlassen, ob die Erklärung später verlesen werden soll.

Die Grippe hält in unverminderter Stärke in Frankfurt a. M. an. Vom Personal der Straßenbahn sind 20 Proz. erkrankt und es mühten einige Linien ausfallen. Die medizinische Poliklinik ist geschlossen und als weitere stationäre Abteilung für Grippekranken eingerichtet worden.

Bei Regensburg brach das Eis der Donau, während sich mehrere Hundert Menschen ahnungslos kurz zuvor auf der Eisfläche tummelten. Die Menschen, darunter viele Kinder, sahen sich plötzlich auf berstenden Eisschollen treiben. Von beherzten jungen Männern konnten die Kleinen, die schon teilweise in den kalten Fluten zu versinken drohten, gerettet werden. Mutige Menschen standen oft bis zur Brust im Wasser, um Versinkenden zu helfen. Es ist ein Wunder, daß niemand ums Leben gekommen ist.

In den Lagerhallen der Döpelwerke in Müßelsheim brach Donnerstag mittags ein Brand aus, der die gesamten Lagerhallen in einer Ausdehnung von 200 Meter zerstörte.

Auch Kansas und Oklahoma wurden durch Schneestürme heimgesucht. In diesem letzteren Staat war der Sturm am Donnerstag der schwerste, der seit langen Jahren verzeichnet worden sei. Der Betrieb auf den Eisfeldern mußte vielfach infolge des hohen Schnees und der ungewöhnlichen Kälte eingestellt werden.

Die römische Frage

Vor ihrer Lösung

Der Kardinalstaatssekretär Gasparri berief Donnerstag vor-mittag in Rom die Mitglieder des beim Heiligen Stuhl be-glaubigten diplomatischen Korps zu sich und gab ihnen Kenntnis von den bevorstehenden Vereinbarungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien zur Regelung der römischen Frage.

In römischen kirchlichen Kreisen glaubt man zu wissen, daß die Unterzeichnung der gesamten Aktenstücke am nächsten Mont-agvormittag erfolgen werde. Am Dienstag wird der Papst den Jahrestag seiner Krönungsfeier begehen. Man glaubt, daß während des Gottesdienstes in St. Peter der Papst die Ausöhnung mit Italien erteilt und erbi durch eine Anrede ver-fünden und zum Schluß der Feier, wie in früheren Zeiten vor 1870, erteilt und erbi den päpstlichen Segen von der äußeren Loggia von St. Peter erteilen wird.

Über die Ausdehnung des Kirchenstaates gehen die Meinun-gen auseinander. Verschiedentlich hört man die Meinung, daß das neue päpstliche Gebiet in nennenswerter Weise kaum über die vatikanischen Gärten reichen werde, was jedoch seinen Glauben findet, weil es dann undenkbar wäre, daß sämtliche dreißig Vertretungen beim Heiligen Stuhl auf päpstlichem Gebiet untergebracht werden könnten.

W. W. Rom, 8. Febr. (Tel.) In den politischen Gesprächen der ewigen Stadt nimmt das Interesse für die Lösung der römischen Frage immer mehr zu. Während die Zeitungen noch über diese Frage schweigen, wird von geistlicher Seite immer wieder darauf hingewiesen, daß das Gebiet der neuen päpstlichen Staates kaum über den jetzigen vatikanischen Be-sitz hinausgehen werde. Man rechnet allerdings bestimm-t damit, daß die Straße mit den an ihr liegenden Gebäulich-keiten, welche hinter St. Peter her zu den Museen des Vatikan führt, in das Territorium einbezogen sein wird. In diesem Falle lägen höchstwahrscheinlich der Campo Santo der Deutschen, das Museum von St. Peter und der Palast des hl. Offiziums im neuen Staat. Gegenüber den Demen-sungen, daß in diesem Falle die Gesandtschaften und Bot-schaften keinen Platz haben würden, um sich in diesem Terri-torium niederzulassen, wurde von derselben Seite erklärt, daß das auch nicht notwendig sei, weil die Vertretungen und Ge-sandtschaften dort bleiben würden, wo sie seien. Dabei bleibt die Frage offen, was in einem Kriegsfall geschehen würde, und ob die Vertretungen dann den italienischen Boden verlassen müßten. Da Nachrichten über Einzelheiten der Lösung von beiden Seiten vorläufig nicht gegeben werden, sind alle diese Gerüchte, die aus Gesprächen in der ewigen Stadt entstanden sind, mit Vorsicht aufzunehmen.

Die Elbschlotte in der französischen Kammer

wurde am Donnerstag fortgesetzt. Der Abg. Fleger wandte sich gegen die Einführung der Laiengesetze und forderte den Unterricht in beiden Sprachen. Vor allem aber müsse man die Empfindlichkeiten schonen. Die Beamten hätten zu oft hiergegen verstoßen. — Abg. Veitrotes (Soz.), Bürgermeister von Straßburg, äußerte die Ansicht, daß die Rede des fran-zösischen Ministerpräsidenten unangenehme Folgen haben werde, denn sie leiste den Autonomisten unschätzbare Dienste. Der Colmarer Prozeß habe der autonoministischen Bewegung einen neuen Antrieb gegeben. Die Ausführungen des Stras-burger Bürgermeisters waren im übrigen ein Appell für die Einführung der Laiengesetze und der im übrigen Frankreich geltenden Gesetze, auch im Elsaß. Die Autonomisten so führte er weiter aus trieben auch auf einen neuen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland hin.

In seiner Kammerrede anlässlich der Elbschlotte-De-batte hat der französische Ministerpräsident Poincaré die wirt-schaftlichen Vorteile gepriesen, die Frankreich Elbschlotte nach seiner Rückkehr gewährt habe.

Demgegenüber macht die Lothringer „Volkstimme“ in einem, mehrere Spalten füllenden Artikel eine Gegenrechnung auf, in der sie an Hand eines umfangreichen statistischen Ma-terials feststellt, daß Elbschlotte Frankreich damals durchaus nicht als „armer Schluher beimgeliebt“ sei, sondern Frankreich ein gewaltiges Betriebskapital mitgebracht habe: die auf 300 Mil-lionen Tonnen reinen Kalis geschätzten Kallilager, deren Er-werb Frankreich an die zweite Stelle sämtlicher Indagewinn-der Länder gerückt habe, das eine Fläche von circa 7300 Hek-tar umfassende Eisenerzgebiet in Lothringen, dessen Reserven auf 2 Milliarden Tonnen geschätzt werden, die drei zur Aus-beutung dieser gewaltigen Erzlager beim Waffenstillstand be-stehenden deutschen Unternehmungen Kambach, Aentungen und Hagendingen, mit einem Vorkriegswert von zusammen 1,4 Millionen Goldmark oder circa 8 1/2 Milliarden Papier-franken, die mit einem Erlös von nur rund 885 Millionen Franken infolge des Verhaltens der französischen Sequester-verwaltung verkauft worden seien, also noch nicht einem Zwanzigstel ihres Wertes, die reichen Kohlenlager Lothrin-gens, deren Jahresproduktion auf rund 5 Millionen Tonnen geschätzt wird, die Salzwerke von Saarlouis und Dieuze, die Frankreich elf Zwölftel seines Jahresbedarfs lieferten und allein 350 Millionen an Salzsteuer dem Staate jährlich ein-brachten, schließlich die reichen Schätze, die andere industrielle Unternehmungen brachten, wie die Fochelbronner Erdbil-quellen mit einer Lieferung von jährlich 70 000 Tonnen Re-troleum, wertvolle Zuderrückgebiete, eine intensive Textil-industrie, Kristallwerke, Faberereien und die blühende lothrin-gische Landwirtschaft, dazu das ganze elbschlotte-französi-sche Eisenbahnnetz, ungeheure Forsten und die arbeitssame Bevölkerung Elbschlotte.

Der Bürovorsteher Kunder in Berlin, der wegen Unter-schlagung von 50 000 RM festgenommen worden war, hatte im staatlichen Verhause einen echten Nubens, den „Seiligen Rau-lus“ darstellend, für 16 000 RM versteckt.

Am Staatlichen Gymnasium in Hensburg erschof sich wäh-rend der Reifeprüfung einer der Prüflinge, der Sohn eines Hensburger Beamten, aus Furcht vor einem ungünstigen Aus-gang der Prüfung. Es war jedoch volle Aussicht vorhanden, daß der Schüler die Prüfung bestand.

Die Meldungen von dem Freiballonunglück in Schleswig-Holstein werden als übertrieben bezeichnet. Es handelte sich um den Dresdener Ballon „Mauxion“. Zwei Insassen erlitten durch Baumäste geringfügige Verletzungen.

Die Entscheidung in der europaischen Schönheitskonkurrenz in Paris, an der auch eine Vertreterin Deutschlands teilnahm, wurde am Donnerstag gefällt. Als schönste Frau Europas wurde die Vertreterin Ungarns gewählt.

Bei den in Budapest verhafteten drei Einbrechern, die im Verdacht stehen, den Einbruch in die Stahlkammer der Ber-liner Diskonto-Gesellschaft verübt zu haben, wurden überaus raffiniert konstruierte Einbrecherwerkzeuge vorgefunden, die aus einem viel härteren Stahl hergestellt sind, als selbst die Stahlklappen der modernsten Geldschränke. Die drei Verhaf-teten stammen aus Besarabien. Eine Reihe von Einbrüchen in Prag, Breslau, Lüttich, Großwardein, Klausenburg, Arab und Willein sind ihnen bereits nachgewiesen.

Badischer Teil

Die Schluchseeanleihe überzeichnet

W. Zürich, 8. Febr. (Tel.) Die in der Schweiz zur Ausgabe gelangende 20 Millionen Franken betragende 6%ige Anleihe der Schluchseewerke A.-G. ist sehr stark überzeichnet worden, so daß die Anmeldungen reduziert werden müssen.

Ablieferung der Lohnsteuerabzugsbelege

Bis zum 15. Januar d. J. hatten die Arbeitgeber, die die Lohnsteuer im Überweisungsverfahren abführen, den Finanzämtern die Lohnsteuerbelege ihrer Arbeitnehmer einzureichen. Ebenso sollten die Arbeitnehmer, für die Steuermarken gestellt sind, die Steuerarten mit Einlagebogen den für ihren Wohnsitz am 10. Oktober 1928 zuständigen Finanzämtern abliefern. Um die Beteiligten vor Schäden zu bewahren, ermahnen wir Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die ihre Steuerabzugsbelege bisher noch nicht eingereicht haben, an die umgehende Vorlage.

Karte der Straßenperren

Die Badische Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 13, gab im vergangenen Jahre eine Karte der Straßenperren in Baden (Maßstab 1:500 000) heraus, die alle 14 Tage erscheint. In der Karte sind für alle Land- und Kreisstraßen sowie für einige besonders wichtige Gemeindegewege in roter Farbe die Strecken bezeichnet, welche wegen Bauarbeiten teilweise oder völlig für den Verkehr gesperrt waren, unter Angabe der Zeitdauer der Sperre und der Umleitungswege. Die Karte wurde in weitem Umfange von der Industrie, dem Handel, dem Verkehrs- und Speditionswesen, Brauereien, Gasthöfen, Auto- und Motorclubs, Kurdirektionen, Verkehrsvereinen, Bürgermeistern und Einzelpersonen bezogen. Sie wird daher auch im Jahre 1929 von Anfang März bis etwa Mitte November in Abständen von 14 Tagen erscheinen. Der Bezugspreis für die ganze Zeit des Erscheinens beträgt 8 M., für die Einzelnummer 1 M. Bestellungen sind an die Wasser- und Straßenbaudirektion zu richten.

Die Kälte und die Schifffahrt

D. Mannheim, 8. Febr. (Tel.) Wie wir auf Anfrage bei der Hafenerwaltung erfahren, haben die Reedereien die Schifffahrt von sich aus eingestellt, so daß nur noch vereinzelt Rähne fahren. Die Schiffe haben im inneren Hafengebäude Schutz gesucht. Durch den heute nacht erneut eingetretenen Temperaturrückgang hat die Neubildung von Eis ziemlich stark eingekehrt. Durch tägliches Brechen des Eises werden die Häfen offen gehalten. Schwierigkeiten bereitet der täglich zurückgehende Wasserstand.

H. Kehl a. Rh., 7. Febr. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Infolge starken Treibeises auf dem Rhein ist damit zu rechnen, daß der Verkehr über die Schiffsbrücken am Oberrhein gesperrt wird. Auf dem Rhein kann man augenblicklich einen sehr starken Eisgang beobachten, der wegen seiner Gefährlichkeit eine Schifffahrt unmöglich macht.

H. Rheinfelden, 7. Febr. Die starke Treibeisbildung auf dem Rhein ist für die Kraftwerke sehr unangenehm. Am Kraftwerksstrecke von Rheinfelden mußten in den letzten Tagen circa 30 Arbeiter beschäftigt werden, um für die Freihaltung des Wasserzulaufes zu den Turbinen zu sorgen.

W. Konstanz, 8. Febr. (Tel.) Die Meldung eines Berliner Blattes aus Stuttgart, daß der Bodensee vollkommen zugefroren sei, entspricht nicht völlig den Tatsachen. Zugeschoren ist lediglich, wie auch in früheren Jahren, der sog. Gnadensee zwischen Radolfzell und Konstanz, der größtenteils sehr feicht ist. Auch der Untersee zwischen der sog. Reichenau und dem Schweizer Ufer trägt eine ziemlich starke Eisdicke, so daß man zu Fuß von der Reichenau nach der Schweiz übergehen kann. Von einem Zufrieren des eigentlichen Bodensees, dem sog. Obersee und dem Überlinger See ist gar keine Rede. Dort wickelt sich der Schiffsverkehr nach wie vor normal ab. Lediglich die Durchführung der Landungsmanöver ist für die Dampfer schwieriger als sonst, weil der Bodensee, wie immer im Winter, einen wesentlich niedrigeren Wasserstand hat und sich daher am Ufer leichte Eisbildung zeigt.

Genossenschaftliche Buchführungskurse

In den letzten zwei Monaten hat der Verband bad. landw. Genossenschaften (Körperschaft) Karlsruhe für die Rechnung, Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder der verbandszugehörigen Spar- u. Darlehnskassen, Warengenossenschaften, Molkereien und Milchgenossenschaften in Landa, Mosbach, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Raftatt, Kehl, Denslingen, Gallingen, Willingen, Bonndorf und Radolfzell weitere sehr gut besuchte Buchführungskurse abgehalten.

An Hand des jedem Teilnehmer kostenlos ausgehändigten Materials (Sapittagebuchmuster mit rund 100 Einzelbuchungen und einer Anzahl vollständig ausgefertigter Buchführungsunterlagen) wurden durch die mitwirkenden Verbandsreferenten die einzelnen Geschäftsvorfälle erläutert und der gesamte Lehrstoff mit den Teilnehmern mündlich eingehend durchgearbeitet. Einen breiten Raum nahm hierbei die Bilanzstellung (Jahresabschluss) in Anspruch. Am Schluß der Kurse wurden noch allgemeine genossenschaftliche Tagesfragen und sonstige das Genossenschaftswesen berührende wichtige Belange behandelt. Die in den beiden Wintermonaten Dezember und Januar durch die Verbandsorganisation Karlsruhe abgehaltenen Lehrgänge und Instruktionkurse und zwar Kurs Nr. 171 bis 189 waren für die Teilnehmer kostenlos und wurden im Interesse des so wichtigen genossenschaftlichen Wiederaufbaus landauf, landab gehalten. In diesen Dezember- und Januarkursen beteiligten sich insgesamt 782 Teilnehmer, Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder der verbandszugehörigen Spar- u. Darlehnskassen, Warengenossenschaften, Molkereien und Milchgenossenschaften.

Die Kursteilnehmer zeigten im allgemeinen ein großes Interesse und das erforderliche Verständnis zur Erlernung der genossenschaftlichen Buch- und Geschäftsführung. Mögen auch diese Instruktionkurse zu dem gesunden Wiederaufbau und Weiterbau der ländlichen Genossenschaften beitragen.

Vom Heuberg

Der frühere Truppenübungsplatz des 14. (bad.) Armeekorps auf dem Heuberg wird seit dem Kriege als Kinderheim und als Ferienaufenthaltsort für Stadtkinder benutzt. Auf Wunsch der umliegenden Gemeinden wird er aber auch heuer wieder wie seit einigen Jahren, im Februar und März von einzelnen Truppenteilen der 5. (südwestdeutschen) Division (Stuttgart) zur Abhaltung von Schießübungen benutzt. Es sind auf dem Übungsplatz Heuberg amweid in Jahre 1929: vom 25. Februar bis 5. März das 3. Bat. 14. (bad.) Inf.-Regts aus Konstanz, vom 5. bis 14. März das 1. Bat. 13. (württ.) Inf.-Regts aus Stuttgart und vom 15. bis 27. März das Ausbildungsbat. 14. (bad.) Inf.-Regts aus Donaueschingen und Willingen. Den armen Heuberggemeinden wird die Einnahme für Verpflegung und Futter — die Truppen kaufen diese in den umliegenden Gemeinden auf — sehr zu statten kommen.

Gemeinderundschau

Eingemeindung Sulachs nach Karlsruhe. Der Bürgerausschuß Sulach hat den Eingemeindungsvertrag mit Karlsruhe, der am 1. April in Kraft treten soll, mit 50 gegen 2 Stimmen genehmigt. Nun hat der Karlsruher Bürgerausschuß das Wort.

Die Gasversorgung der Gemeinden an der südlichen Bergstraße. Der Stadtrat Heidelberg hat bezüglich der Gasfernversorgung an der südlichen Bergstraße sich auf der Grundlage der am Montag abgehaltenen Besprechung auf einen Vorschlag geeinigt, der den Gemeinden zur baldigen endgültigen Stellungnahme mitgeteilt wird. Er hat beschlossen, der Süddeutschen Gasversorgung A.-G. in Frankfurt mit einer Beteiligung von 10 Proz. des Aktienkapitals beizutreten.

Städtischer Wohnungsbau in Kehl. Der Gemeinderat Kehl hat nach eingehender Beratung beschlossen, 1929 ein städtisches Wohnungsbauprogramm im Ausmaß von etwa 70 Wohnungen (1-4 Zimmer) mit einem Kostenaufwand von rund einer halben Million Reichsmark durchzuführen. Trotz großer Bedenken hat sich der Gemeinderat zu diesem Projekt entschlossen, weil es nur so möglich sein wird, den größten Teil der ausgesetzten bzw. vor der Aussteuerung stehenden Arbeitslosen zu beschäftigen. Dem Fürsorgetat 1929 werden dadurch etwa 100 000 bis 150 000 M. Ausgesetztenfürsorge erspart. Außerdem bekommt das Handwerk, das außerordentlich schlecht bestellt ist, diese Arbeit in größerem Umfang. Zur Erstellung von 10 Wohnungen für Reichsbeamte wurde dem Handwerkerbauverein ein verbilligtes Darlehn in Höhe von 20 000 M. bewilligt.

Städtischer Fehlbetrag von 4,1 Millionen Reichsmark in Frankfurt a. M. In der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gab Oberbürgermeister Dr. Landmann bekannt, daß sich im vorliegenden Etat ein ungedeckter Fehlbetrag von 4,1 Millionen Reichsmark befindet, zu dessen Beseitigung die Wiedereröffnung der Hauspersonalabgabe, die Erhöhung der Gewerbesteuer auf 460 v. H. und der Grundbesitzsteuer auf 225 v. H. beantragt wird.

Glückliche Gemeinden. Mit der Gemeinde Dornbach sind sechs Gemeinden des Amtsbezirks Baden dieses Jahr umlagerefrei. Dornbach hat außerdem im vergangenen Jahre eine neue Kirche erbaut und mit diesem Jahr ein Schul- und Rathaus erbaut. Außerdem erhält jeder Bürger jährlich 30 Ester Bürgerholz.

Wetternachrichtenbüro der Bad. Landesweiterwartung Karlsruhe. Die neue Kälteperiode hat sich jetzt auch bei uns voll ausgebreitet. Der Frost erreichte bei wolkenlosem Himmel heute nacht in der Ebene minus 10 bis minus 15 Grad Kälte, in der Ranniederung stellenweise sogar bis zu minus 20 Grad. Auf dem Feldberg erfolgte um den Nullpunkt starke Temperaturumkehr. Eine weitere Verschärfung des Frostes ist nicht zu erwarten, da die Zufuhr neuer Kaltluftmassen im Nordosten durch ein über dem Baltikum erschienenen Teillief vorläufig unterbrochen ist. Außerdem wird ein zweites Teillief, das als Randwirbel eines großen ozeanischen Tiefs den Kurs nach der Nordsee eingeschlagen hat, in den nördlichen Landesteilen Bevölkerungszunahme und leichte Wiederrückung des Frostes bei nach Südwesten drehenden Winden bringen. Wetterausichten für Samstag: Fortdauer des Frostwetters, in Nordbaden Bevölkerungszunahme.

Vom Starstrom getrieben wurde ein Raschmühl in einem Umformerraum der Duisburger Straßenbahn. Ein Elektromotor, der in einem Umformerhaus in Sterlerade der 5000-Volt-Leitung zu nahe kam, lebt zwar noch, doch müssen ihn wahrscheinlich beide Arme abgenommen werden.

In Segni an der Eisenbahnstrecke Rom-Neapel entstand in einer Sprengstofffabrik eine Explosion, bei der fünf Arbeiter getötet wurden.

Wie das Warschauer Meteorologische Institut mitteilt, konnte in Polen schon seit 50 Jahren kein so strenger Frost wie gegenwärtig beobachtet werden. Gestern herrschte ein Temperaturmittel, das zwischen minus 25 und minus 32 Grad Celsius schwankte. Am kältesten war es im Wilnaer Land, wo die Temperatur stellenweise einen Tiefstand von 44 Grad erreichte. Fürchtbare Fröste werden auch aus Ostgalizien gemeldet.

Staatsanzeiger

Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Baden. Monat Dezember des Rechnungsjahres 1928. (Beträge in Tausend Reichsmark.)

A. Ordentlicher Haushalt.

Jahresvoll (Haushaltsvoll)	Jr.-Einnahme oder Jr.-Ausgabe			
	seit Beginn des Rechnungsjahres bis einschließlich November 1928	im Dezember 1928	zusammen	
1	2	3	4	
I. Einnahmen:				
1. Steuern (nach Abzug der Überweisungen an die Gemeinden und Kreise)	130 372	101 791	7 177	108 968
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe (nach Abzug von Zuschüssen)	6 887	7 622	64	7 686
3. Sonstige Einnahmen:				
a) Justiz	14 356	9 795	1 602	11 397
b) Unterrichts- und Erziehungs- und Kunst-, Kultur- und Wissenschaften	22 078	13 577	1 718	15 295
c) Übrige Landesverwaltung	48 939	23 946	4 125	28 071
Einnahmen insgesamt (nach Abzug der Steuerüberweisungen an die Gemeinden und Kreise und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)	222 602	156 731	14 686	171 417
II. Ausgaben:				
1. Justiz	21 672	14 801	1 850	16 651
2. Unterrichts- und Erziehungs- und Kunst-, Kultur- und Wissenschaften	85 882	57 083	7 892	64 975
3. Wohnungswesen	10 221	5 454	948	6 407
4. Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung	24 831	16 323	2 081	18 404
5. Sonstige Ausgaben	85 585	48 788	5 762	54 550
Ausgaben insgesamt	228 171	142 449	18 533	160 982
Einnahmen insgesamt	222 602	156 731	14 686	171 417
Mitin Mehrausgabe	5 569	—	3 847	—
Mehreinnahme	—	14 282	—	10 435

B. Außerordentlicher Haushalt.

I. Einnahmen:				
Insgesamt	19 958	3 912	2 152	6 064
II. Ausgaben:				
1. Verkehrs- und Wohnungswesen	8 528	6 477	573	7 050
2. Wohnungswesen	7 000	5 299	—	5 299
3. Sonstige Ausgaben der Hochbauverwaltung	10 375	5 773	724	6 497
4. Für Unternehmungen und Betriebe	790	263	74	337
Ausgaben insgesamt	26 693	17 812	1 371	19 183
Einnahmen insgesamt	19 958	3 912	2 152	6 064
Mitin Mehrausgabe	6 735	13 900	—	13 119
Mehreinnahme	—	—	781	—

Abschluß Dezember 1928

A. Ordentlicher Haushalt

Mehreinnahme aus den Monaten April bis einschließlich Dezember 1928 10 435

B. Außerordentlicher Haushalt

Mehrausgabe aus den Monaten April bis einschließlich Dezember 1928 13 119

Anmerkung. Mit Rücksicht auf die Ungleichheit im zeitlichen Vollzug und die teils vorläufige Berechnung der Einnahmen und Ausgaben während der einzelnen Monate des Rechnungsjahres lassen sich zuverlässige Schlussfolgerungen auf den Abschluß der Hauptrechnung auf Ende des Rechnungsjahres im Vergleich zum Haushaltsplan aus obiger Darstellung nicht ziehen: Karlsruhe, den 6. Februar 1929.

Der Minister der Finanzen.

In Vertretung: Sammet.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Kolizeihauptwachmeister Karl Holzwarth beim Bezirksamt — Polizeidirektion — Heidelberg zum Polizeioberwachmeister. Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Gendarmerieoberwachmeister Karl Geißler in Oberwiltshardt.

Ministerium der Finanzen

Ernannt:

Zu Mitgliedern der Forstobteilung des Finanzministeriums Forstwart Otto Haber beim Forstamt Karlsruhe unter Beförderung zum Oberforstwart, Forstwart Karl Müller beim Forstamt Weinheim.

Befördert:

Finanzrat Emil Groll bei der Domänenabteilung des Finanzministeriums zum Oberfinanzrat.

Wasser- und Straßenbaudirektion

Bericht:

Bauinspektor Heinrich Gerner in Offenburg zum Kulturbauamt Heidelberg, Bauobersekretär Karl Dauth in Heidelberg zum Kulturbauamt Offenburg, Verwaltungsassistent Nikolaus Schreiber in Tauberbischofsheim zum Wasser- und Straßenbauamt Raftatt.

Zur Ruhe gesetzt wegen leibender Gesundheit:

Die Straßenwärter Ludwig Bartle in Fuchswangen, Johann Hüntner in Millashausen, Philipp Geier II in Dörigheim, Heinrich Ketterer in Lemmenbronn.

In den Ruhestand treten kraft Gesetzes nach Erreichung der Altersgrenze:

Die Straßenwärter Ludwig Wähle in Griebbach, und Michael Diebold in Neumühl.

